






Nationaler Schulterschluss gegen europäische Asylrichtlinie.

Das Europäische Parlament hat am 7. Mai 2009 mehrheitlich vier gesetzgebende Berichte im Rahmen des Asylpakets angenommen. Darunter fiel der Bericht über die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber, die "Dublin-Verordnung" (die bestimmt, welches Mitgliedsland für einen Asylantrag zuständig ist: Stichwort Lastenteilung!), die Fingerabdruck-Datenbank "EURODAC" und die Schaffung eines europäischen "Asyl-Support Office" zur Unterstützung der EU-weiten Kooperation in Asylfragen.

Die Abstimmung im Europäischen Parlament zeigte, dass sich die konservativen Kräfte Österreichs immer mehr an den rechten Rand bewegen. Die VP Abgeordneten und Hannes Swoboda (SP) gesellten sich mit ihrer Contrastimme zu den rechten MdEP aus ganz Europa, die - sofern sie bei der Abstimmung anwesend waren - ebenfalls gegen die Asylrichtlinie waren. Damit reihten sie sich in eine Front mit einschlägigen Rechten wie Le Pens Front National, Philip Claeys und Frank VanHeckes Vlaams Belang oder Mogens Camre - Dansk Folkeparti.

Total members: 784
Voters: 543

 Votes for: 432
 Votes against: 69
 Abstentions: 42
 Absent: 209
 Didn't vote: 32

PSE: 120 Pro, 14 Contra (darunter SP MdEP Hannes Swoboda)

PPE DE: 160 Pro, 33 Contra (darunter die VP MdEP Rack, Karas, Schierhuber, Rübiger, Pirker, Seeber)

Bewertung der Asylrichtlinie.

Positiv ist vor allem der vorgesehene vollständige Zugang für Asylwerber zum Arbeitsmarkt (nach 6 Monaten), sowie eine menschenwürdigere Behandlung und Betreuung, gerade in Bezug auf unbegleitete Minderjährige und Personen mit psychischen Leiden. Auch dürfen Personen, nur weil sie internationalen Schutz suchen, nicht mehr inhaftiert werden. Eine von der EU-Kommission vorgesehene Bestimmung, wonach die EU-Staaten Asylwerbern finanzielle Unterstützung im Umfang der Sozialhilfe zukommen lassen müssten, wurde von den EU-Abgeordneten (entgegen anders lautenden Berichten) herausgestrichen. Hintergrund waren Befürchtungen, wonach Staaten mit höheren Sozialleistungen damit auch automatisch für Asylbewerber attraktiver würden.

Negativ zu bewerten ist die Aufnahme von Fingerabdrücken, auch die von Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr. Diese führt zur Kriminalisierung von Menschen, die lediglich Asyl und Schutz suchen. Die Zustimmung zu einer dezentralisierten Datenbank, worin sowohl Daten über Asylanträge als auch strafbare Handlungen enthalten sind, ignoriert ein inakzeptables Missbrauchsrisiko und ist abzulehnen.

In die richtige Richtung...

Insgesamt begrüßen die Grünen die Annahme der Verbesserungen für Asylsuchende und die (wenn auch bescheidenen) Schritte hin zur Schaffung eines Fundaments für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zeigen, wie ein Europa, das Menschenrechte ernst nimmt und Asylsuchende nicht im Stich lässt, aussehen könnte: mit EU-weit einheitlichen Standards für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden; mit dem Verbot des Wegsperrens von unbegleiteten Minderjährigen und Kindern; mit einer medizinischen Versorgung für AsylwerberInnen, die diesen Namen verdient.

Die derzeitige Misere von 27 unterschiedlichen Asylsystemen in 27 EU-Ländern würde damit ein Stück abgeschafft, menschenwürdige, einheitliche Standards würden Willkür und Gnadenakte ersetzen. Statt für diese einheitlichen Standards einzutreten, machen aber PolitikerInnen der Regierungsparteien mobil gegen eine Europäisierung der Asylpolitik. Sie wollen "nationale Interessen", wie sie es nennen, durchsetzen. Und diese stehen für sie offensichtlich im Gegensatz zur Menschenwürde von Asylsuchenden. FPÖ und BZÖ diffamieren Asylsuchende überhaupt als "Asylbetrüger" und "Kriminelle".

Österreichs Abgeordnete stemmen sich gegen Verbesserungen

Damit die Richtlinie beschlossen werden kann, ist im Rat eine qualifizierte Mehrheit erforderlich. BM Fekter kündigte bereits an, massiv gegen eine Annahme im EU-Rat der InnenministerInne zu lobbyieren

In der gegenwärtigen Debatte versuchen alle Parteien, abgesehen von den Grünen, sich durch die Zurückweisung gemeinsamer europäischer Regeln, Ressentiments gegenüber AsylwerberInnen im Wahlkampf für billigen Stimmenfang zu nützen.

- **SPÖ:** Die Fraktion der Sozialdemokraten stimmte mehrheitlich für die Asylrichtlinie. Die österreichischen Abgeordneten sind gespalten. Die Abgeordneten, die keine Chance auf einen Wiedereinzug ins EP haben, stimmten dafür, Swoboda und der Rest dagegen.
- **ÖVP:** Auch die konservative Fraktion hat im Europaparlament mehrheitlich zugestimmt, während Strasser, Karas und Co. vor Flüchtlingsströmen warnen und die ÖVP-Abgeordneten dagegen stimmten. Der Wahlslogan von Strasser „An Österreich kommt keiner vorbei“ ist also nicht einmal auf seine eigene Fraktion anwendbar.
- **HPM:** stimmte für den Richtlinienentwurf (Anm. die Krone behauptet auf den Leserbriefseiten das Gegenteil)
- **FPÖ:** Mölzer war bei der Abstimmung nicht einmal anwesend und stellte dann am 12.Mai bei einer Pressekonferenz gar die Genfer Flüchtlingskonvention in Frage.
- **BZÖ:** Klar gegen angenommenen Verbesserungen in der Asylpolitik; einzig die Ausweitung der Fingerabdruck-Datenbank wird unterstützt.

Die Grünen positionieren sich als Partei mit vernünftigen europäischen Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen und als einzige glaubwürdige Vertreterin im Bereich der Menschenrechte.